Staatlich geförderte Waffenlieferungen lassen die Unternehmensgewinne explodieren. Dass kriegerische Konflikte die Geschäfte von Rüstungskonzernen befördern, ist eine bekannte Tatsache, aber noch nie in der jüngeren Geschichte konnten sich westliche Rüstungsfirmen und Kapitalgesellschaften so schamlos am Leid der Menschen bereichern wie im Ukraine-Konflikt. Von Dr. **Frank Haubold**[*].

Was dem Publikum als Akt der Solidarität und Nächstenliebe verkauft wird, nämlich die Lieferung von Waffen in ein Kriegsgebiet, ist in Wirklichkeit ein gewaltiges Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie und die dahinterstehenden Kapitalgesellschaften.

Ein Beispiel dafür ist die von Politik und Medien heftig beworbene Lieferung von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine. Ein relevanter militärischer Nutzen des angeblichen „Gamechangers“ ist bislang nicht erkennbar (Aufnahmen zerschossener Exemplare des Panzers fluten inzwischen das Internet), aber der Aktienkurs des Herstellers Rheinmetall stieg von etwa 85 Euro im Jahr 2021 auf inzwischen fast 250 Euro, hat sich also infolge des Ukraine-Konflikts verdreifacht.

„Na, schön“, wird jetzt der eine oder andere einwenden. „Erstens braucht die Ukraine Waffen, um sich zu verteidigen, und zweitens ist es gut für die deutsche Wirtschaft, wenn Unternehmen Gewinne erwirtschaften.“ Dass diese Gewinne steuerfinanziert sind, denn die Ukraine wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, auch nur einen Panzer zu bezahlen, ist der erste Punkt, der dagegenspricht, der zweite ist nicht weniger brisant, denn die Gewinne fließen direkt in die Taschen der Anteilseigner und die sitzen überwiegend nicht in Deutschland. Im Falle Rheinmetall sind die Hauptaktionäre die Wellington Management Co. LLP (Sitz: Boston, USA), die Capital Research & Management Co. (Sitz: Los Angeles, USA), die Fidelity Management & Research Co. LLC (Sitz: Boston, USA) und so geht es weiter. Mittelbar fließen also deutsche Steuergelder über die steigenden Aktienkurse hiesiger Rüstungsunternehmen direkt in die Taschen der US-amerikanischen Finanzindustrie!

Ähnlich läuft es auch bei den ganz Großen des Rüstungsgeschäftes, zum Beispiel Lockheed Martin mit einem Börsenwert von 104 Milliarden Euro (Rheinmetall: 10,8 Milliarden Euro), dem Hersteller der an die Ukraine gelieferten HIMARS-Raketenwerfer und Javelin-Panzerabwehrraketen. Der Aktienkurs stieg hier im Gefolge des Ukrainekonflikts von etwa 300 auf inzwischen 415 Euro (+38 Prozent). Unter den Anteilseignern finden sich alle Großen des Finanzgeschäftes von der State Street Corp. und der Vanguard Group bis hin zu Herrn Merz’ früherem Arbeitgeber BlackRock.

Wo mit Waffenlieferungen viel Geld verdient wird, darf natürlich auch Großbritannien nicht

fehlen. Hier dominiert der Rüstungskonzern BAE Systems, der der Ukraine massenhaft Haubitzen vom Typ M777 liefert, die fast ebenso zahlreich tagtäglich von den Russen zerstört werden. Das befördert das Geschäft, so dass der Aktienkurs des Unternehmens von knapp 7 Euro 2021 auf inzwischen 12 Euro anstieg (+71 Prozent). Relevante Anteilseigner sind auch hier u. a. Capital Research & Management Co. (siehe oben), die Vanguard Group und BlackRock.

Das sind nur drei Beispiele für Rüstungskonzerne, deren Gewinne überwiegend in US-Kapitalgesellschaften abfließen, was auch erklärt, weshalb man in Großbritannien und den USA keinerlei Interesse an einer Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt hat. Jeder Tag, an dem in der Ukraine weitergekämpft wird, Raketen und Granaten verschossen werden und Soldaten getötet, spült zig Millionen Dollar in die Taschen der Anteilseigner. Weshalb sollte man darauf verzichten, zumal man der Unterstützung von Politik und Medien sicher sein kann, die dem Publikum erfolgreich weismachen, in diesem Konflikt ginge es um Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrechte?

Der junge Bob Dylan hat mit seinem Song „Masters of War“ ein treffendes Porträt der Akteure im Hintergrund gezeichnet. Doch anders als seinerzeit in Vietnam lässt man heute nicht mehr das eigene Volk für sich kämpfen, sondern wie in diesem Fall die Ukrainer, für deren Schicksal man sich ansonsten in den Konzernetagen nicht einmal ansatzweise interessiert.

„Aber Russland hat doch die Ukraine überfallen“, könnte man jetzt einwenden, und völkerrechtlich ist das auch so. Nur hat dieser Krieg eine Vorgeschichte, für die sich leider kaum jemand interessiert. Die USA haben Milliarden in die Vorbereitung eines Regime-Changes in der Ukraine investiert, der 2014 dann mit der Erstürmung des Präsidentenpalastes* durch rechtsnationalistische Milizen vollzogen wurde. Herr Steinmeier, der heute die Lieferung von geächteter Streumunition an die Ukraine befürwortet, war damals (wie die Außenminister Frankreichs und Polens) Schirmherr einer Vereinbarung zwischen der gewählten Regierung Janukowitsch und der ukrainischen Opposition gewesen, die man nach der gewaltsamen Erstürmung des Palastes* einfach in den Papierkorb warf. Dieser (offenbar geplante) Wortbruch der Europäer war neben dem US-Einfluss der Ursprung allen Übels, denn die russenfeindliche Politik der Nationalisten in Kiew musste früher oder später den fragilen Vielvölkerstaat Ukraine zerbrechen.

Inzwischen halten sich die USA (und als Beobachter auch China) den Bauch vor Lachen, wenn sie beobachten, wie die Europäer und zuvorderst Deutschland die Beziehungen zu Russland auf Dauer ruinieren, die eigene Wirtschaft (mit Ausnahme der Rüstungsindustrie) und Energieversorgung gegen die Wand fahren und Milliarden Euro an Steuergeldern nach

Kiew überweisen, wo sie nicht selten in dunklen Kanälen versickern. Dazu passend dominieren hierzulande Rüstungslobbyisten wie Frau Strack-Zimmermann und russophobe Scharfmacher wie Roderich Kiesewetter die öffentliche Debatte und nicht etwa der Verhandlungsvorschlag von Ex-NATO-General Harald Kujat und dem Sicherheitsexperten Horst Teltschik. Den „Masters of War“ kann es nur recht sein.

* 6.9.2023, 13 Uhr: An diesen Stellen war irrtümlich von einer Erstürmung des Parlaments 2012 die Rede.

- finanzen.net/unternehmensprofil/rheinmetall
- finanzen.net/unternehmensprofil/lockheed_martin
- finanzen.net/unternehmensprofil/bae_systems
- welt.de/politik/ausland/article126499471/Janukowitsch-sieht-sich-durch-Steinmeier-getaeuscht.html
- diepresse.com/14432029/deutsche-wirtschaftsnachrichten-veroeffentlichen-vorschlag-fuer-friedensverhandlungen

---

[«*] Dr. Frank Haubold wurde 1955 in Frankenberg/Sachsen geboren. Nach Abitur und Wehrdienst studierte er an der TU Dresden Informationstechnik und promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er arbeitete 35 Jahre in verschiedenen Funktionen im Gesundheitswesen. Seit 1989 schreibt er Romane und Erzählungen verschiedener Genres und betätigt sich auch publizistisch. frank-haubold.de